

Phönix aus der Asche?

Zu den aktuellen Wirtschaftsprognosen

Krise beendet?.....	2
Arbeitsmarkt: kein Grund zum Jubeln.....	2
Die Ursachen der raschen Erholung.....	4
Die weiteren wirtschaftlichen Aussichten	6
Achillesferse privater Konsum	7
Wachstum braucht steigende Löhne	9
... und eine gerechte Steuer- und Finanzpolitik	10

Krise beendet?

Gerade noch Krise – doch plötzlich ist die wirtschaftliche Stimmung so gut wie selten. Die Bundesregierung hat die Krise offiziell für beendet erklärt. Bundeswirtschaftsminister Brüderle spricht sogar von einem Wirtschaftswunder in Deutschland, einem „XL-Boom“, der mit einem Jobwunder einhergehe. Und die „Wirtschaftsweisen“ greifen in ihrem aktuellen Jahresgutachten das Bild vom „Phönix aus der Asche“ auf – allerdings versehen mit Fragezeichen.

Zutreffend ist, dass die Krise bislang anders verlaufen ist als prognostiziert. Nach dem für die Bundesrepublik beispiellosen Einbruch der Wirtschaftsleistung 2009 um 4,7 Prozent war mit einem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit, wegbrechenden Arbeitseinkommen und dramatisch steigenden sozialen Ausgaben gerechnet worden. Allgemein erwartet wurde ein Anstieg der Arbeitslosigkeit von 3,3 Millionen im Jahr 2008 auf bis zu fünf Millionen Erwerbslose.

Aus der Luft gegriffen waren diese Zahlen nicht: Bei unveränderter Produktivität und Arbeitszeit werden für ein um 4,7 Prozent geschrumpftes Bruttoinlandsprodukts rund 1,9 Millionen Arbeitskräfte weniger benötigt.

Derzeit erleben wir eine unerwartet schnelle Erholung der deutschen Wirtschaft. Sogar von Vollbeschäftigung ist plötzlich wieder die Rede.

Die „Wirtschaftsweisen“ gehen im aktuellen Sachverständigenratsgutachten von einem Wachstum in 2010 von 3,7 Prozent und für 2011 von 2,2 Prozent aus. Damit sind sie etwas optimistischer als die in der Gemeinschaftsdiagnose zusammenarbeitenden acht Wirtschaftsforschungsinstitute. Diese prognostizieren, wie auch das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), für das laufende Jahr ein Wachstum von 3,5 Prozent und für 2011 eines von 2,0 bzw. 1,9 Prozent. Damit wäre nach allen Prognosen der wirtschaftliche Einbruch nach nur zwei Jahren wieder ausgeglichen. Auch beim Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit sind sich die Prognosen einig: 2010 soll es im Jahresdurchschnitt 200.000 weniger Arbeitslose geben, 2011 sogar 300.000 weniger. Die registrierte Arbeitslosigkeit würde dann 2011 mit 2,9 Millionen erfassten Arbeitslosen auch im Jahresdurchschnitt erstmals seit 1992 unter die Drei-Millionen-Marke fallen und die Arbeitslosenquote auf sieben Prozent sinken. 2005 betrug sie noch 13 Prozent.

Arbeitsmarkt: kein Grund zum Jubeln

Die Bundesregierung feiert die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt als Resultat der Arbeitsmarktreformen und ihrer erfolgreichen Politik. Tatsächlich ist die bemerkenswerte Stabilität der Beschäftigung in der Krise hauptsächlich das Ergebnis der massiven Nutzung des traditio-

nellen Arbeitsmarktinstrumenten Kurzarbeit sowie des Abbaus von Arbeitszeitkonten und von Überstunden. Also von verschiedenen Formen der Arbeitszeitverkürzung. Zum anderen haben viele Betriebe Beschäftigte nicht entlassen, auch wenn diese nicht voll zu tun hatten. Dadurch sank automatisch die Produktivität.

Verschiedene Formen von Arbeitszeitverkürzung haben die Beschäftigung in der Krise relativ stabil gehalten.

Dies alles sind Formen „interner Flexibilität“ im Rahmen stabiler Dauerarbeitsverhältnisse insbesondere in der Industrie. Leiharbeiter und befristet Beschäftigte waren dagegen massiv von Entlassungen betroffen. Diese „flexiblen“ Beschäftigungsformen waren in Folge der Arbeitsmarktreformen stark ausgeweitet worden. Mittlerweile steigt insbesondere die Leiharbeit wieder an und hat das Rekordniveau vor der Krise wieder erreicht. Befristung greift immer weiter um sich, fast die Hälfte der Neueinstellungen sind befristet, bei Großbetrieben 60 Prozent. Vor allem Jüngere sind betroffen: 28 Prozent der unter 35-Jährigen hatten bisher ausschließlich befristete Beschäftigungen.

Gleichzeitig schritt die Verschiebung von Vollzeit zu immer mehr Teilzeitbeschäftigung weiter voran. Im Jahresdurchschnitt 2010 wird es nach Schätzung des *Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* etwa 400.000 mehr Teilzeitbeschäftigte geben als 2008, aber etwa 300.000 weniger Vollzeitbeschäftigte.¹ Dadurch erhöht sich die Zahl der Beschäftigten auch bei sinkendem Arbeitsvolumen. Allerdings führt diese Form der Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit – zusammen mit der Ausbreitung von Niedriglöhnen – dazu, dass immer weniger Arbeitsplätze eine eigenständige Existenzsicherung ermöglichen. Mittlerweile gibt es 1,4 Millionen Menschen, deren zu geringes Erwerbseinkommen durch Hartz IV aufgestockt werden muss, ein Viertel davon Vollzeitbeschäftigte.

Die Ausweitung prekärer Beschäftigung setzt sich fort. Von bevorstehender Vollbeschäftigung kann keine Rede sein.

Der Abbau der Arbeitslosigkeit wird außerdem dadurch begünstigt, dass die Zahl der an Erwerbsarbeit interessierten Menschen – das Erwerbspersonenpotenzial – sinkt, mittlerweile um etwa 100.000 pro Jahr. Das alles darf nicht darüber hinweg täuschen, dass wir es weiterhin und auf absehbare Zeit mit Massenarbeitslosigkeit zu tun haben. Die Bundesagentur selbst weist neben der „registrierten Arbeitslosigkeit“ auch die sogenannte „Unterbeschäftigung“ aus, die um mehr als 1,1 Millionen höher liegt. Sie schließt Menschen ein, die wegen Teilnahme an diversen Arbeitsmarktmaßnahmen, 1-Euro-Jobs, Alter oder Krankheit usw. nicht als

¹ Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Kurzbericht, Nr. 18, 2010, Tabelle A2.

arbeitslos gezählt werden. Dazu kommt noch die „Stille Reserve“ derjenigen, die an Arbeit interessiert, aber überhaupt nicht registriert sind, etwa weil sie keine Ansprüche haben.

Insgesamt fehlen so in Deutschland weiterhin an die fünf Millionen reguläre Arbeitsplätze. Wir dürfen uns auch nicht darauf einlassen, schon von „Vollbeschäftigung“ zu sprechen, wenn es „nur“ noch ein oder zwei Millionen Arbeitslose gäbe. Unser Kriterium für Vollbeschäftigung ist, dass es nur eine geringe durch Wechsel- und Suchprozesse bedingte Arbeitslosigkeit gibt. Unternehmen müssen sich dann mit gutem Geld und guten Arbeitsbedingungen bemühen, Beschäftigte zu halten und zu finden. Das ist leider auch in den kommenden Jahren nicht in Sicht.

Die Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre waren und sind im Gegenteil darauf gerichtet, den Druck auf Beschäftigte wie Erwerbslose zu erhöhen, auch bei sinkender Arbeitslosigkeit. Die Beschäftigten und die Erwerbslosen waren und sind die Leidtragenden. Ihre Lage wurde verschlechtert, Unsicherheit gesteigert, Löhne gedrückt. Profitiert haben die Bezieher von Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Durch diese Umverteilung haben sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die Beschäftigung schlechter als in den meisten anderen europäischen Ländern entwickelt.²

Die Ursachen der raschen Erholung

Von der Wirtschafts- und Finanzkrise und der einbrechenden Weltwirtschaft wurde die exportgetriebene deutsche Wirtschaft im internationalen Vergleich besonders stark getroffen. Die Wirtschaft schrumpfte fast doppelt so stark wie zum Beispiel in Frankreich oder den USA. Innerhalb von gerade einmal sechs Monaten stürzten die Wareneinfuhren je Monat von deutlich über 80 Milliarden Euro bis zum Herbst 2008 auf nur noch knapp über 60 Milliarden Euro im Frühjahr 2009 ab. Im selben Zeitraum sauste das Bruttoinlandsprodukts um fast sechs Prozent nach unten.

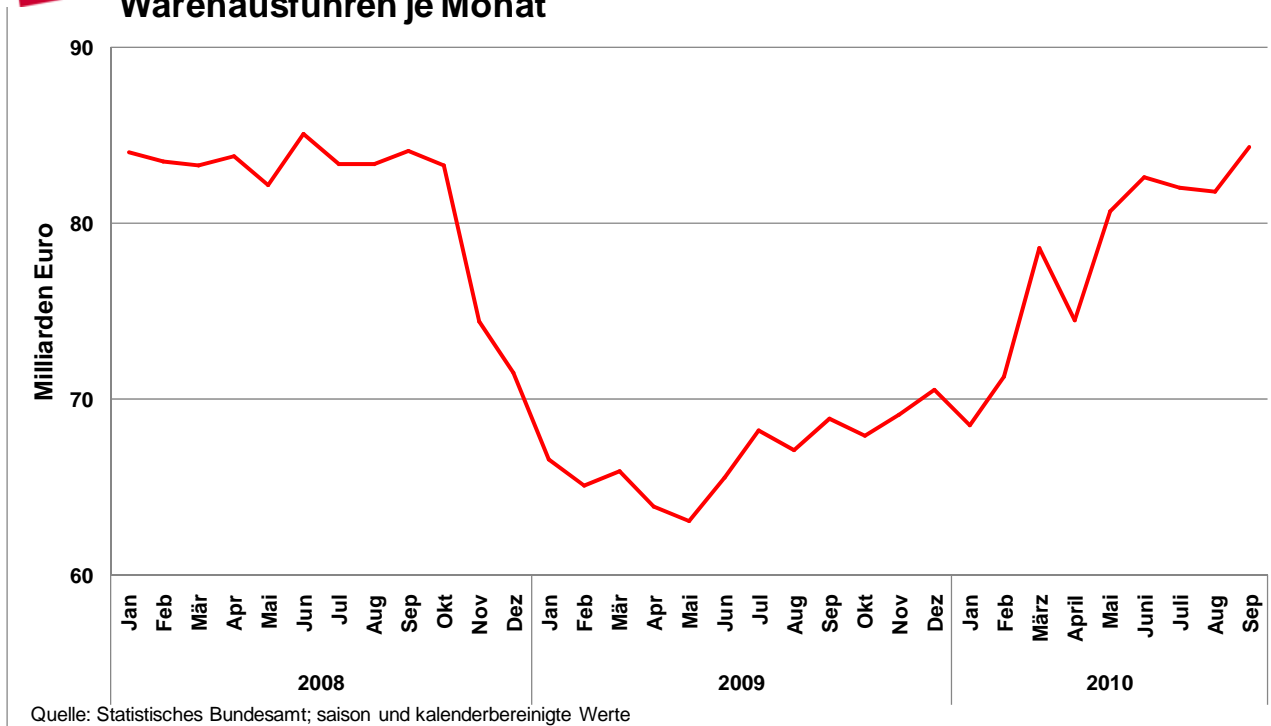
Die einseitige Exportabhängigkeit ist für den starken Absturz der deutschen Wirtschaft verantwortlich – aber auch für die schnelle Erholung.

Aufgrund des massiven Absturzes, gleichzeitig die dramatischen Bilder der Weltwirtschaftskrise ab Ende der 1920er Jahre vor Augen, reagierten die Regierungen mit umfangreichen Konjunkturprogrammen. Auch die deutsche Regierung, die bislang solche staatlichen Programme rundheraus als wirkungslose „Strohfeuer“ kategorisch abgelehnt hatte, stellte für zwei Kon-

² Dies wird dann deutlich, wenn nicht nur kurze Aufschwungphasen betrachtet werden. Vgl. hierzu ausführlich: ver.di Bundesvorstand, Aufschwung der schlechten Jobs. Bilanz der Beschäftigungsentwicklung seit 2000, Wirtschaftspolitische Informationen, Nr. 2, September 2010; Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Vom Krisenherd zum Wunderwerk?, IMK-Report, Nr. 56, November 2010.

Rückkehr der Exportabhängigkeit? Warenausfuhren je Monat

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



junkturpakete insgesamt gut 60 Milliarden Euro für die Jahre 2009 und 2010 bereit. Weltweit wurden innerhalb kürzester Zeit rund zwei Billionen Dollar zur Verfügung gestellt. In der Folge erholte sich die Weltwirtschaft viel schneller als von allen erwartet. Hiervon profitierte Deutschland als Exportnation besonders.

Im Zug der weltwirtschaftlichen Erholung ging es ab Mai 2009 mit den deutschen Exporten wieder bergauf. Im Juni 2010 wurde das Vorkrisenniveau bei den monatlichen Exporten erreicht. Entsprechend ist der Außenhandel größter Treiber des für 2010 prognostizierten Wachstums. Nach der Gemeinschaftsdiagnose gehen 1,2 Prozentpunkte oder ein gutes Drittel des Wachstums von 3,5 Prozent auf den erneut sich aufbauenden Exportüberschuss zurück.

Binnenwirtschaftliche Faktoren allein – privater Konsum, Anlageinvestitionen, Staatskonsum – würden lediglich zu einem Wachstum von 1,7 Prozent führen. Die sogenannten „Vorratsveränderungen“ sind für 0,7 Prozentpunkte des für 2010 prognostizierten Wachstums verantwortlich. Da sich Lagerauf- und -abbau im Zeitverlauf jedoch ausgleichen, handelt es sich hierbei um einen nicht dauerhaften Sondereffekt.

Nach einer Zeit auf der Beschleunigungsspur fährt unsere Wirtschaft jetzt auf der Überholspur. Der Aufschwung steht inzwischen solide auf zwei Beinen: Nach wichtigen Impulsen aus dem Außenhandel hat auch die Binnenkonjunktur Fahrt aufgenommen.

Wirtschaftsminister Brüderle in einer Presseerklärung vom 21. Oktober

Wirtschaftsminister Brüderle stellt Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung nun als beispielhaft dar. Tatsächlich kann kaum von einem Wachstum gesprochen werden, das „solide auf zwei Beinen“ steht. Ohne den erneut steigenden Exportüberschuss und den Sondereffekt „Vorratsveränderungen“ wäre das Wachstum nur halb so stark ausgefallen. Und der Exportüberschuss ist das Gegenteil eines „soliden“ Wachstumsfaktors: Wenn ein Teil der jährlich produzierten Waren und Dienstleistungen exportiert wird, und umgekehrt Waren und Dienste in gleichem Wert importiert werden, trägt der Außenhandel nichts zum Wachstum bei. Dies ist nur bei einem positiven Saldo, also einem Exportüberschuss, der Fall. Steigt der Überschuss im folgenden Jahr nicht, leistet er keinen Beitrag mehr zum Wachstum.

Deshalb bricht das Standbein Außenhandel weg, wenn die Überschüsse nicht Jahr für Jahr steigen. Laufend steigende Exportüberschüsse sind aber nur zum Preis wachsender internationaler Ungleichgewichte möglich. Denn Überschüsse eines Landes bedingen Defizite in den Leistungsbilanzen und damit eine wachsende Verschuldung anderer Ländern. Damit werden die nächsten internationalen Finanzkrisen vorprogrammiert.

Von einem soliden, nachhaltigen Wachstum kann nur gesprochen werden, wenn es durch die Binnennachfrage getragen wird!

Die weiteren wirtschaftlichen Aussichten

Gerade die Aussichten für die Entwicklung der Binnennachfrage – also des privaten Konsums, der Anlageinvestitionen und des Staatskonsums – sind schlecht. 2010 werden Staatskonsum und Anlageinvestitionen noch von den Konjunkturprogrammen angeschoben. Ab 2011 laufen diese aus, und es greifen „Sparprogramme“ in Bund, Ländern und Gemeinden.

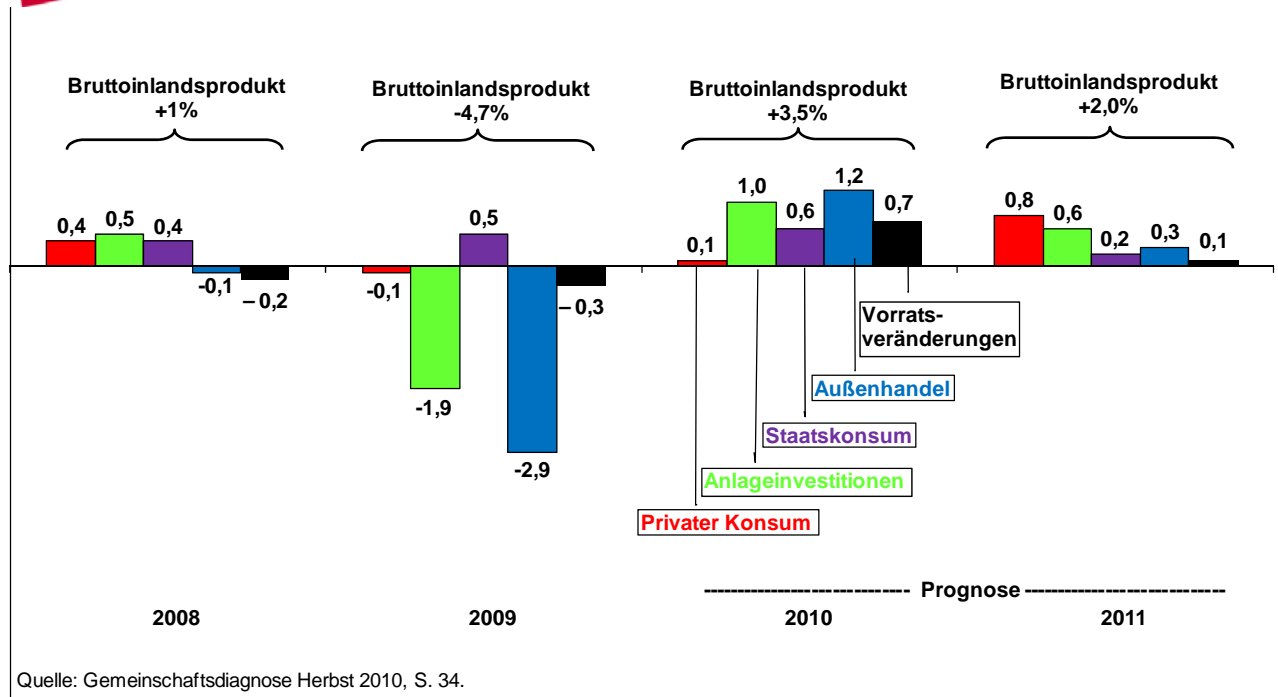
Ob dann vermehrt private Investitionen einen nennenswerten, vor allem dauerhaften Beitrag zum Wachstum liefern können, erscheint fraglich. Denn private Investitionen – vor allem Erweiterungsinvestitionen – werden nur dann getätigt, wenn der Absatz brummt. Neben den Investitionen soll 2011 der private Konsum zur Hauptstütze des Wachstums werden. Nach der Gemeinschaftsdiagnose soll er 0,8 Prozentpunkte zum prognostizierten Wachstum von 2,0 Prozent beitragen. Weiterhin wird von – allerdings langsamer – steigenden Exportüberschüssen ausgegangen. Laut Sachverständigenrat und Gemeinschaftsdiagnose werden 0,3 Prozentpunkte des 2011er Wachstums auf dem Außenhandel beruhen.

Vom Staat und vom Export sind also zukünftig keine größeren Beiträge zum Wachstum mehr zu erwarten. Der Staat würde nur dann das Wachstum weiter stärken, wenn er nicht auf die Ausgabenbremse tritt. Die deutschen Absatzmärkte im Ausland kommen durch die von der EU auferlegten Sparprogramme unter Druck. 53 Prozent der deutschen Exporte gehen in die

Wachstumsbeiträge

der Nachfragekomponenten zum realen Bruttoinlandsprodukt in %-Punkten

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



EU, darunter auch die Länder, die nun besonders zu Ausgabenkürzungen genötigt werden. In den USA, in die zuletzt sieben Prozent der deutschen Exporte gingen, kommt die Konjunktur ebenfalls nicht richtig in Fahrt. Ob dies durch einen vermehrten Export deutscher Waren nach China (bislang fünf Prozent) und in andere Schwellenländer aufgefangen werden kann, erscheint fraglich. Auch hier gilt, dass ein positiver Wachstumseffekt nur aus steigenden Exportüberschüssen in diese Länder resultiert. Dies würde wiederum eine steigende Verschuldung dieser Länder bedingen. Dass die Krise auf den Weltmärkten noch nicht überwunden ist, zeigt die aktuelle Diskussion über Währungskrieg und Handelsanktionen. Werde diese Gefahr nicht gebannt, komme laut Sachverständigenrat die wirtschaftliche Erholung zum Erliegen.

Achillesferse privater Konsum

Gemeinschaftsdiagnose wie Sachverständigenrat gehen davon aus, dass der Konsum ab 2011 zum größten Wachstumsfaktor wird. Diese Annahme ist angesichts der prognostizierten Entwicklung der Arbeitseinkommen nicht plausibel. Nach ihren Prognosen werden die Arbeitnehmerentgelte 2010 um lediglich 1,3 Prozent bzw. 1,6 Prozent und 2011 um 1,4 Prozent bzw. 1,5 Prozent zulegen. Bei den für den privaten Konsum entscheidenden Masseneinkommen, die sich aus den Nettolöhnen und -gehältern plus den Sozialleistungen zusammensetzen, geht die Gemeinschaftsdiagnose für 2011 sogar von einem realen Rückgang um 0,2 Prozent aus. Ursache hierfür sind neben dem prognostizierten schwachen Einkommensanstieg vor allem die steigenden Beitragssätze zur Arbeitslosen- und zur Krankenversicherung bei

Tatsächlicher und jeweils im Vorjahr prognostizierter Beitrag des privaten Konsums zum Wachstum des jeweiligen Jahres (in Prozentpunkten)*				
Jahr	Wachstumsbeitrag privater Konsum tatsächlich (lt. St. Bundesamt)	Prognose der Gemeinschaftsdiagnose des jeweiligen Vorjahres		Prognosefehler
		Frühjahrsprognose	Herbstprognose	
2010		0,7	0,8	?/?
2009	-0,1	0,7	0,2	+0,8/+0,3
2008	0,4	1,2	1,1	+0,8/+0,7
2007	-0,1	-0,1	0,0	0,0/+0,1
2006	0,8	0,4	-0,1	-0,4/-0,9
2005	0,2	0,7	0,5	+0,5/+0,3
2004	0,1	0,9	0,8	+0,8/+0,7
2003	0,1	1,0	0,6	+0,9/+0,5

Quelle: Statistisches Bundesamt; Gemeinschaftsdiagnose, laufende Ausgaben

*Lesebeispiel für das Jahr 2008: Tatsächlich trug der private Konsum im Jahr 2008 zum Wachstum (von 1,0%) zu lediglich 0,4 Prozentpunkten (also 40%) bei. Prognostiziert wurde im Frühjahrsgutachten 2007 jedoch ein Wachstumsbeitrag von 1,2 Prozentpunkten (Prognosefehler: +0,8 Prozentpunkten), im Herbstgutachten immer noch von 1,1 Prozentpunkten (Prognosefehler: +0,7 Prozentpunkten).

gleichzeitig sinkenden Sozialausgaben. Der prognostizierte Wachstumsbeitrag des privaten Konsums in Höhe von 0,8 Prozentpunkten für 2011 müsste sich also aus den Gewinnen und Vermögenseinkommen speisen.

Die Hoffnung auf den Wachstumsfaktor „privater Konsum“ ist schon in der Vergangenheit nicht aufgegangen. Immer wieder passten das Plädoyer für „Lohnzurückhaltung“ und prognostizierte schwache Lohnentwicklungen nicht mit den Wachstumsprognosen zusammen: Um trotzdem hohe Wachstumsraten prognostizieren zu können, wurde bei der Gemeinschaftsdiagnose – als ob Arbeitseinkommen und Konsum nichts miteinander zu tun hätten – der Anstieg des privaten Konsums für die Zukunft regelmäßig zu hoch eingeschätzt (siehe Tabelle). Ein Wachstumsbeitrag des privaten Konsums für 2011 von 0,8 Prozentpunkten ist nur realistisch, wenn von den Gewerkschaften deutlich höhere Löhne durchgesetzt werden; so auch der Sachverständige Peter Bofinger mit einer „anderen Meinung“ im Gutachten.

Mittlerweile folgt selbst die FDP nicht mehr der ewigen Forderung nach Lohnzurückhaltung und niedrigen Lohnabschlüssen. Unterstützung findet sie bei Kanzlerin Merkel, die sich ebenfalls medienwirksam für kräftige Lohnerhöhungen einsetzt.

Nach Wirtschaftsminister Brüderle und Kanzlerin Merkel plädiert sogar FDP-Chef Westerwelle inzwischen für höhere Löhne.

Wachstum braucht steigende Löhne ...

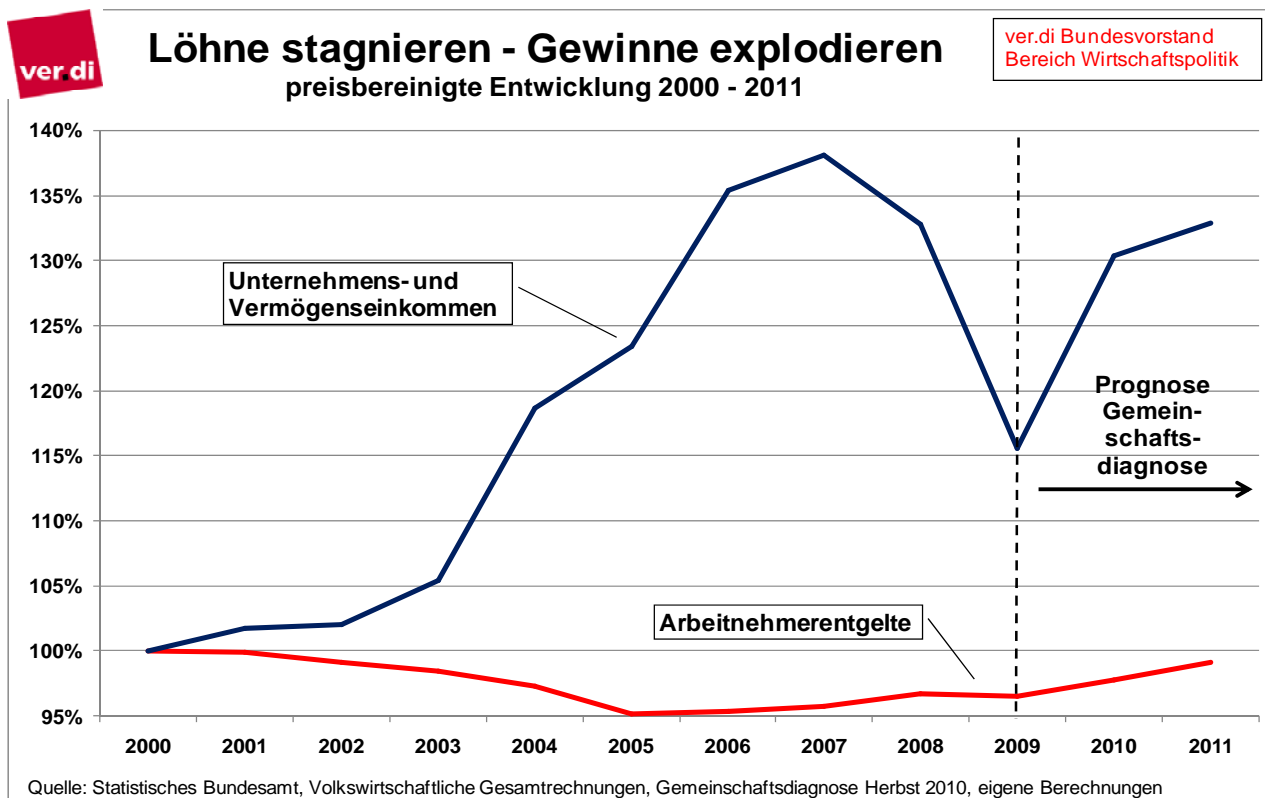
Was Merkel, Brüderle und Westerwelle nun dämmert, betonen die Gewerkschaften schon seit langem. Allerdings hatten sie gegen einen Chor von Behauptungen anzulaufen, wonach Lohnsteigerungen Arbeitsplätze gefährden würden. Arbeitgeberverbände wurden massiv von Medien und Regierungen unterstützt.

Großen Anteil an der schlechten Lohnentwicklung hatten die bereits erwähnten Arbeitsmarkt-reformen. Durch die Ausweitung von befristeter und geringfügiger Beschäftigung, die Entgrenzung der Leiharbeit und die Hartz IV-Gesetze sollten Erwerbslose um jeden Preis in einen Job gedrängt werden. Qualität und Bezahlung spielt keine Rolle mehr.

Agenda 2010 und Hartz-Gesetze haben ein klares Ergebnis – einen immer größeren Niedriglohnsektor.

In der Folge weitete sich der Niedriglohnsektor aus. Inzwischen arbeiten über 6,5 Millionen abhängig Beschäftigte oder jede und jeder fünfte für Niedriglöhne und damit unter der von den Gewerkschaften geforderten Mindestlohnhöhe von 8,50 Euro. Gut eine Million Beschäftigte verdienen sogar weniger als fünf Euro brutto die Stunde.³

Die Konsequenzen dieser Entwicklung sind dramatisch. Nie zuvor gab es in Deutschland eine derartige Auseinanderentwicklung von Arbeitseinkommen auf der einen und Gewinn- und



³ Vgl. hierzu Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ), Niedriglohnbeschäftigung 2008, IAQ report, Nr. 6, 2010.

Vermögenseinkommen auf der anderen Seite. Seit über zehn Jahren stagnieren die realen Arbeitnehmerentgelte, während die Unternehmens- und Vermögenseinkommen explodierten.

Nach den Einkommensprognosen der Gutachten werden die realen Arbeitnehmerentgelte auch 2011 noch unter dem Niveau des Jahres 2000 liegen. Ganz anders der Verlauf bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Vom Jahr 2000 bis zur Krise hatten sie um real knapp 40 Prozent zugelegt. Der erfolgte Einbruch in der Krise wird der Prognose zufolge aber bereits 2011 fast wieder ausgeglichen sein.

Wenn sich die Prognosen bewahrheiten, geht die Umverteilung von unten nach oben munter weiter.

... und eine gerechte Steuer- und Finanzpolitik

Angeblich wieder sprudelnde Steuereinnahmen lassen die notorischen Steuersenkungsvorkünder vor allem von der FDP schon wieder in Hochstimmung verfallen: „Wenn die Haushalte stabil sind, hat Deutschland auch wieder Handlungsspielräume, die Steuern und Abgaben zu senken“ – so Wirtschaftsminister Brüderle Anfang November 2010. Mit solchen „guten Nachrichten“ erwecken Politiker den Eindruck, als wäre die Zeit der Haushaltsdefizite schon wieder vorbei und es gebe Überschüsse zu verteilen.

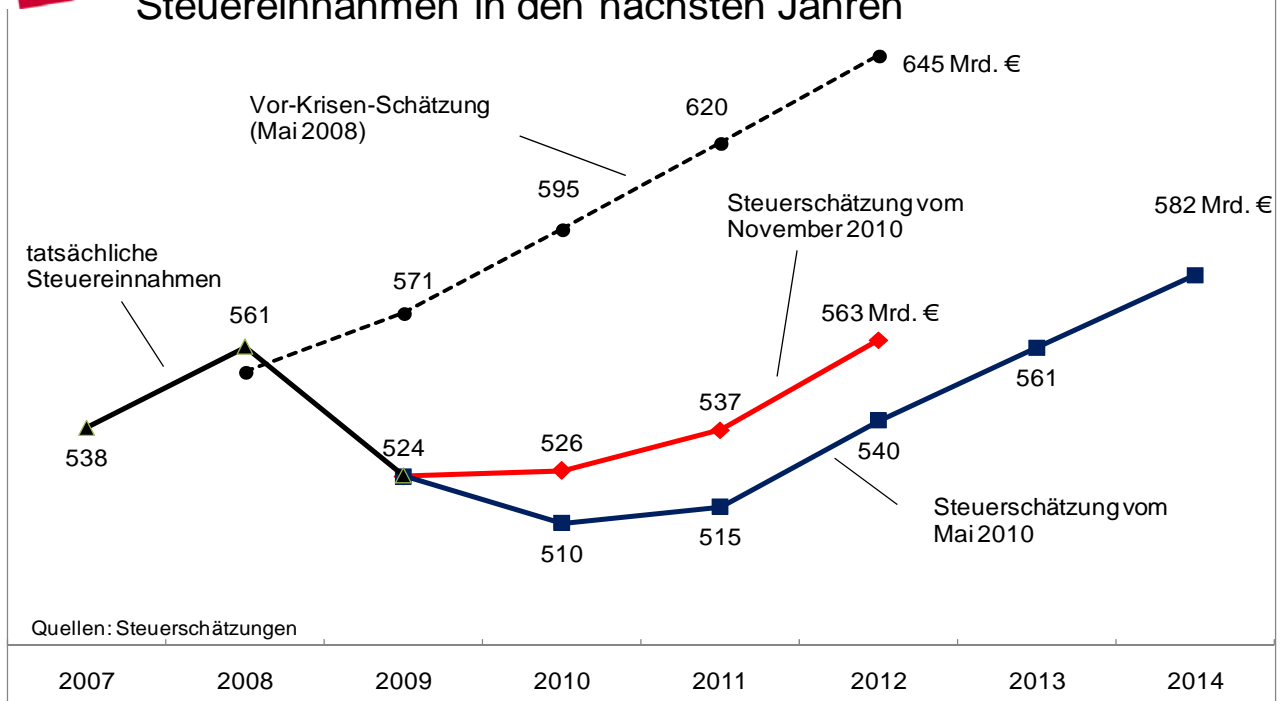
Die positive Entwicklung besteht lediglich darin, dass die Steuereinnahmen nicht noch weiter absacken. Mit 526 Milliarden Euro werden sie nach der aktuellen Steuerschätzung 2010 etwa so hoch bzw. niedrig sein wie im vergangenen Jahr. Im Frühjahr wurde noch ein Rückgang um 14 Milliarden Euro prognostiziert. Erst 2011 erwarten die Schätzer einen Anstieg auf 537 Milliarden Euro, doch damit werden die Steuereinnahmen noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau liegen. Das Bundesfinanzministerium rechnet für den Bund 2010 inzwischen mit einer geringeren Nettokreditaufnahme: 50-55 Milliarden Euro statt bisher veranschlagter 80 Milliarden Euro. Laut Gemeinschaftsgutachten und Sachverständigenrat wird der Budgetsaldo für den Gesamtstaat inklusive Sozialversicherungen 2010 „nur“ ein Minus von gut 90 statt vorher geschätzter 120 Milliarden Euro aufweisen und im kommenden Jahr auf 70 bzw. nach dem Sachverständigenrat 62 Milliarden Euro zurückgehen. Dies bleiben Rekorddefizite.

Schuldenbremse und sozialer Kahlschlag verlängern die Krise.

Die Bundesregierung reagiert auf die steigende Verschuldung mit rabiaten Kürzungen vor allem zulasten sozial Schwacher im sogenannten „Sparpaket“. Damit wiederholt sie zentrale Fehler ihrer Vorgängerregierungen. Deutschland und Japan sind die einzigen Industrieländer, deren Staatsausgaben in den vergangenen zehn Jahren inflationsbereinigt gesunken sind. Die

Keine Entwarnung Steuereinnahmen in den nächsten Jahren

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



Kürzungen schwächen Wachstum und Beschäftigung.⁴ Der Versuch, die Vorgaben der Schuldenbremse durch Ausgabenkürzungen zu erreichen, führt dann zu geringeren Steuereinnahmen. Die geplante Verbesserung der Haushaltslage wird verfehlt.

Angesichts der unsicheren wirtschaftlichen Aussichten müsste die Wirtschaftspolitik für eine weitere Stabilisierung sorgen. Durch Ausweitung statt Kürzungen öffentlicher Ausgaben. Wichtige Weichen für die Zukunft könnten gestellt werden: Mit einem Zukunftsprogramm für den ökologischen Umbau, für Kinderbetreuung und Bildung, für Gesundheit, soziale Dienste, Freizeit und Kultur. So könnten zwei Millionen Arbeitsplätze geschaffen und die Lebensbedingungen und Zukunftschancen für alle verbessert werden.

Wenn Vermögende, Personen mit hohem Einkommen und finanzstarke Unternehmen wieder stärker zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beitragen, sind die Finanzierung des Zukunftsprogramms sowie die Stabilisierung der öffentlichen Haushalte möglich.⁵

Mehr zukunftsorientierte öffentliche Ausgaben sowie steigende Löhne in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst sind die entscheidenden Komponenten zur Erhöhung der Binnennachfrage. Sie stabilisieren die noch unsichere wirtschaftliche Entwicklung, leisten den entscheidenden Beitrag zum Abbau der einseitigen Exportabhängigkeit und zur Reduzierung der Ungleichgewichte zwischen den Volkswirtschaften in Europa und in der Welt.

⁴ Vgl. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Policy Brief zum Haushaltsbegleitgesetz 2011, Oktober 2010.

⁵ Vgl. die ver.di-Broschüren „Solidarisch aus der Krise. Zwei Millionen Arbeitsplätze. Profiteure zur Kasse“ und „Konzept Steuergerechtigkeit. Gerechte Steuern für mehr Zukunftsvorsorge“, www.wipo.verdi.de.